

Sergey Lagodinsky

### Israel und die Deutschen

#### Replik auf Klaus Harpprecht

*In der letzten Ausgabe der NG|FH (6/2009) hatte Klaus Harpprecht, Mit-Herausgeber dieser Zeitschrift, seine Positionen zur gegenwärtigen israelischen Regierungspolitik formuliert. Hier antwortet ihm nun der Gründer und Sprecher des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.*

#### Sergey Lagodinsky

(\* 1975) ist Fellow am Global Public Policy Institute, Berlin (GPPi). Er lebt als Rechtswissenschaftler und Publizist in Berlin.

j-sozis@web.de



Ein Bild, wie ich es mir nicht hätte träumen lassen: Ich sitze mit Klaus Harpprecht zusammen und wir reden über Liebe. Er zitiert einen Klassiker: »An der Liebe könne man auch sterben.« Ich bin weniger pessimistisch: sterben vielleicht nicht, aber leiden sehr wohl! Wir reden über die Liebe eines Deutschen zu Israel. Klaus Harpprecht bekennt sich zu dieser seiner Liebe.

Ich liebe Israel nicht, dafür ist meine biografische Distanz zu diesem Land zu groß. Aber ich liebe und kenne viele Israelis, die Freunde und Verwandte sind, und ich bilde mir ein, die Gesellschaft dieses Landes ansatzweise verstehen und gar mögen zu können. Aus dem Wissen über die israelische Wirklichkeit, aus dem neugierigen Mitverfolgen der dortigen Ereignisse heraus entsteht auch mein Verlangen nach einem differenzierten Bild dieser Gesellschaft und den Herausforderungen, vor denen sie steht.

Man muss Israel nicht lieben, um diesem Verlangen nachzugehen und um das Besondere an der Beziehung zwischen

Israel und den Deutschen zu erkennen. Für die Zukunft gilt um so mehr: Ratio, nicht Emotio sollte der Grundstein unserer Betrachtung Israels sein. Mit dem anstehenden Generationenwechsel und mit der Verbreitung und Anerkennung migrantischer Perspektiven in unserem Gesellschaftsdiskurs wird das Gebot der Fairness und Differenziertheit gerade dem Nahostkonflikt gegenüber nur durch das kollektive Streben nach Vernunft, nicht Liebe eine Chance haben.

Wissen und Perspektivenwechsel sind die besten Freunde der Vernunft. Doch was wissen wir über den jüdischen Staat und über den Konflikt, in dem er seit Jahrzehnten so sehr verwickelt ist? Und was wissen wir genau über uns selbst als Zuschauer dieses Konfliktes und darüber, wie unsere eigenen Zugänge zum Thema unsere Wahrnehmungen prägen?

Allzu häufig hört man etwa die Beschwerden über das »gereizte Schweigen« der politischen Eliten »samt ihren medialen Repräsentanten«, so wie sie Klaus Harpprecht in seinem Essay formuliert. Es ist sinnlos, die gefühlten medialen Verzerrungen in beide Richtungen zu messen. Fest steht jedenfalls, dass genauso wie die einen eine übertriebene öffentliche Zurückhaltung beklagen, die anderen sich über die Unausgewogenheit der Medien und Einzelpolitiker beschweren. Fest steht auch, dass scharfe Kritik an Israel in diesem Land

schon lange mit keinerlei Risiko verbunden ist. Von Norbert Blüm über Rupert Neu-deck bis Udo Steinbach reicht die Liste derjenigen, die mit kritischen bis aggressiven Adjektiven gegenüber Israels Politik nicht geizen. Keiner von ihnen macht den Eindruck, eine medial oder beruflich marginalisierte Person zu sein. Es gibt notorische Israelkritiker, die im Bundestag sitzen – etwa den außenpolitischen Sprecher der Linken Norman Paech.

Wer ist also dieser »man«, der kollektive Zensor, über den sich Klaus Harpprecht bitter beschwert, der das Recht zur Israelkritik predige, aber die Antisemitismuskule schwenke, sobald die »kritische Meinung der Deutschen« unbequem werde? Und geht es überhaupt um »die Deutschen« und »die Anderen« oder handelt es sich hier um einen innerdeutschen Diskurs, um das Ringen unserer Gesellschaft mit sich selbst, mit unseren eigenen Ängsten und Komplexen und um unseren eigenen Umgang mit der Last der Vergangenheit und der Verantwortung für die Zukunft?

### **Tabus und Tabubrüche**

Es scheinen viel mehr Tabus in den Köpfen der enttäuschten Israelfreunde, wie Klaus Harpprecht, zu geben, als sie in der öffentlichen Diskussion tatsächlich vorzufinden sind: Ganz Deutschland beschwert sich (zurecht) über einen Kardinal Lehmann, der es abgelehnt hat, den Hessischen Staatspreis mit Navid Kermani wegen dessen angeblichen Problemen mit der christlichen Symbolik zu teilen. Kaum jemand nimmt dagegen Anstoß daran, dass der ursprünglich vorgesehene Preisträger, der Orientalist Fuat Sezgin, diese Auszeichnung für den interreligiösen Dialog zurückwies, weil er sie nicht mit Salomon Korn teilen wollte. Dieser sei Mitglied des Zentralrats der Juden und damit Unterstützer des israelischen Gaza-Krieges. Über welche

Tabus kann man reden, wenn Tabubrüche ungemerkt bleiben?

Lange sind die Zeiten vorbei, da wollte man sich noch bei jeder Israelkritik mit dem klischeehaften »Ich bin ein Freund Israels, aber ...« rechtfertigen. Stattdessen bringt heute jeder Versuch der Israelverteidigung die Mühen der Rechtfertigungslast. Die von Klaus Harpprecht belächelte Be-teuerung »Jede Kritik an Israel sei erlaubt ...« ist zum Gebot der politischen Korrektheit geworden, wie früher das Bekenntnis zur Israelfreundschaft. Immer wieder ist man genötigt, sich für seine Kritik an der Kritik zu rechtfertigen. Ist man jüdisch, so wird seine Position mit Mitleid oder Irritation als notwendiges und kaum vermeidbares Übel zur Kenntnis genommen – »als Jude musst Du doch ...!« Und jeder nicht-jüdische »Israel-Versteher« wird schnell in der Fantasie der Zuhörer zum Juden gemacht – erst neulich hat darüber der Journalist Richard Herzinger eindrucksvoll und aus erster Hand in einem Artikel berichtet.

Wer sich, wie Klaus Harpprecht, über die Kurzsichtigkeit der Medien im Umgang mit Israel beschwert, der muss zugleich über ihre unreflektierte Manipulierbarkeit reden. Wochenlang berichteten alle Zeitungen dieses Landes über den Gaza-Krieg aus der Perspektive eines norwegischen Arztes – des einzigen westlichen und daher angeblich neutralen Augenzeugen. Dass Mats Gilbert ein bekannter norwegischer Radikaler mit Affinitäten für Terrorgruppen ist, hat man erst spät erfahren, so spät, dass es keinen mehr interessierte, auch die Presse kaum. Für Schlagzeilen sorgten hingegen Berichte über zahlreiche Tote nach einem angeblichen israelischen Angriff auf eine UN-Schule. Diese Meldung führte zum internationalen Aufschrei und zwang die israelische Regierung gar zu einer Entschuldigung. Erst nach dem Ende des Krieges in Gaza haben die Augenzeugen und die UN-Behörden zugegeben, dass die Berichte nicht korrekt waren. Und auch das

war der Mainstream-Presse nicht mal ein paar Zeilen wert. Dass diese medialen Fehlritte nichts an der realen Grausamkeit des umstrittenen Krieges ändern, ist selbstverständlich. Doch für mich bleibt ein Rätsel, warum eine solche mediale und öffentliche Diskussion in diesem Lande weiterhin als tabubehaftet wahrgenommen wird, und das trotz Bilder des Gaza-Grauens auf den Titelseiten deutscher Zeitungen und trotz grenzwertiger Polemik zur besten ARD-Sendezeit (Udo Steinbach: Palästina werde »seit 40 Jahren besetzt und vergewaltigt«).

Auch die Person des neuen israelischen Außenministers wird von medialen Verkürzungen nicht verschont. Vieles davon ist selbstverschuldet. Überzogen und verantwortungslos waren etwa seine Forderungen nach einer Todesstrafe für alle Knesset-Kollegen, die Kontakte mit der Hamas unterhielten. Doch jedenfalls kann man nicht, mit Klaus Harpprecht, behaupten, Liebermann werde von den Medien und der Politik in Deutschland mit Samthandschuhen angefasst. Was liest man nicht alles über den Mann aus Kischinau: »Ultrarechter« schreibt *Spiegel-Online*, »Ultranationalist« betitelt die *Süddeutsche*. Überall werden seine umstrittenen Äußerungen von früher

zitiert und seine Vergangenheit als Türsteher belächelt. Und auch für Klaus Harpprecht gilt er als »Rechtsradikaler« mitten in einer Regierung, die Israel auf den Weg zur Theokratie führen könnte. Man wünscht sich solch klare Worte etwa über den Hamas-Chefideologen Khaled Maschaal oder den verstorbenen Scheich Yasin. Sie werden in den Medien mit mehr Respekt behandelt.

In der Tat ist der neue Außenminister ein Freund starker Ausdrücke mit Hang zum Populismus und zur Demagogie. Auf der medialen Strecke bleiben dabei aber seine frühen Bekenntnisse zur Zwei-Staaten-Lösung (wenn auch mit für viele als skurril erscheinender Grenzziehung). Er war es, der sich auch längst zur *Road Map* bekannt hat und zwar lange vor dem jetzigen Premierminister. Und auch die von Klaus Harpprecht befürchtete Klerikalisierung der israelischen Gesellschaft wird es gerade dank Liebermann und seiner Partei nicht geben: Liebermann ist kein religiöser Fanatiker, sondern ein Gegner der Religion als Grundlage des israelischen Staatsverständnisses. Die Begrenzung des religiösen Einflusses ist ein Eckpfeiler seiner Parteiprogrammatik, er kämpft etwa für die Anerkennung der Zivilehe in einem

Land, in dem zur Zeit Ehen nur vor Rabbinern, Priestern oder Imams geschlossen werden können.

Zugleich spricht Liebermann Themen an, die viele Israelis bewegen und für die es bisher kaum Lösungsansätze gibt. Seine Partei ruft dazu auf, einen Loyalitätsschwur für alle Bürger des Staates einzuführen, wenn sie ein bestimmtes Alter erreichen. Wer nicht bereit ist, diesen Schwur abzugeben bzw. den Wehr- oder Alternativdienst ablehnt, solle seinen Aufenthaltsstatus im Lande behalten, aber nicht mehr als Staatsbürger gelten. Entgegen Darstellungen der Presse richten sich diese Initiativen nicht nur gegen die arabische Bevölkerung im Lande, die ein kompliziertes Verhältnis zum jüdischen Staat hat, sondern auch (und nicht minder stark) gegen die ultraorthodoxen Juden, die durchweg vom Wehrdienst befreit sind und zum Teil Israel als Staat ablehnen. Die Vorschläge Liebermanns sind also weder klerikal noch rassistisch. Sie sind vom Geist des nationalstaatlichen Selbstverständnisses durchdrungen und von der Sorge der nationalen Selbstauflösung getragen.

Ich bin kein Anhänger der Liebermann-Partei – würde ein europäischer Politiker ähnliche Vorschläge für unsere Gesellschaft machen, wäre ich in der ersten Reihe der Gegendemonstranten. Doch Avidor Liebermann ist kein europäischer Außenminister, sein Land ist kein Monaco und die Hamas ist keine Liechtensteiner Vaterlandspartei. Israel befindet sich in einem schweren nationalen Konflikt mitten in einer Region, die nationalstaatlich denkt und handelt. Dieser nationale Konflikt kann nicht mit post-modernen Mitteln gelöst werden. Insbesondere kann nicht von Israel verlangt werden, was von dem künftigen Palästinastaat nicht erwartet wird – die Aufgabe seiner nationalen jüdischen Identität. Die Gründungsresolution der UN 181 aus dem Jahre 1947 sah die Gründung eines »jüdischen und eines arabischen Staates« vor. Wenn wir eine Zwei-Staaten-Lösung

tatsächlich wollen, müssen wir diese Vision umsetzen. Der Weg dahin führt über mutige Entscheidungen und neuartige Lösungen. Es darf dabei keine Denkverbote geben – auch eine nationale Separation wäre ein denkbarer Gang, wenn er tatsächlich zum Frieden führen kann. Wer dabei mit Rassismusvorwürfen kommt, hat den Konflikt im Nahen Osten nicht verstanden und wird keine Lösung erreichen. Jedenfalls so lange nicht, wie man von einem Palästinenserstaat träumt, der »frei von Juden« (Siedlern und anderen) ist, und zugleich ein Israel verlangt, der seine jüdische Identität aufgibt. Man muss nach Wegen suchen, die nationale Identität beider Nachbarstaaten zu sichern, wie dies auch die UNO-Resolution vorsieht. Erst im zweiten Schritt, wenn zwischen den beiden Völkern endlich Frieden herrscht, muss nach Zusammenarbeit und nach Öffnung in der Region gesucht werden. Eine Öffnung kann aber vor allem bei jungen Staaten nur nach einer Phase nationaler Konsolidierung eintreten. Dies gilt für alle Neustaaten.

Auch wenn man diese Hintergründe versteht, muss man mit Liebermann nicht einverstanden sein, man kann und muss seine Vorschläge weiterhin scharf kritisieren. Doch diese Kritik muss wohlinformiert und sachlich stattfinden, ohne diesen Mann und seine Anhänger zur rechtsradikalen Vogelscheuche des Nahen Ostens zu machen. Man muss genau schauen, was in der Region passiert, um den Prozess endlich zu einem funktionsfähigen Palästinenserstaat zu führen und den Zustand der Erniedrigung für beide Völker zu beenden.

»An der Liebe kann man sterben«: Liebe kann töten, aber vor allem kann sie blenden. Wenn wir über Israel, Palästina und den Nahost-Konflikt reden, dürfen wir das nicht im Zustand der affektierten Blindheit tun. Es gehört zur Liebe, sich mit dem Objekt der Begierde auseinanderzusetzen. Und wenn es keine Liebe gibt, dann gehört dies zum Gebot der Vernunft. Lassen wir uns auf Vernunft hoffen.